Weltwochenschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **27 (1937)**

Heft 30

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Auch die Flaschenpost ist mit verschiedenem Erfolg schon verwendet worden, um Amor endlich die richtigen Wege zu weisen. In Argentinien war es ein junger Mann, der auf diese Weise seine Zukünftige suchte; in eine versiegelte Flasche legte er einen Brief und sein Bild, dann wurde dieser eigenartige Liebesbote dem Ozean übergeben. Und erst vier Jahre später kam eine Antwort aus Frankreich von einem Mädchen, das die Flasche beim Baden in einem Kurort gefunden hatte. Unser Argentinier hatte allerdings nicht solange gewartet, sondern inzwischen längst geheiratet; aber drei Monate vor Erhalt der Antwort von der Französin war seine Frau gestorben, und es dauerte nicht lange, bis die Empfängerin der Flaschenpost Mutterstelle an seinem zweijährigen Kind annahm.

Die englische Opernsängerin Gwen Edwards heiratete vor einigen Monaten einen Mann, der sie nie gesehen, wohl aber über das Radio gehört und sich in ihre Stimme verliebt hatte. Der junge Mensch schrieb ihr einen begeisterten Brief mit so netten Worten, daß die Künstlerin auf den Absender neugierig wurde und ihn mit einer Freikarte in die Oper einlud, in der sie sang. So begann eine Bekanntschaft, die die umworbene Sängerin schließlich zur Ehefrau machte.

Aber nicht nur beim Sich-Finden geht Amor seine eigenen Wege, sondern er weiß auch sonst seine Possen zu spielen. So hatte sich zu Cromwells Zeiten ein schüchterner Londoner Professor in die Tochter des Lord-Protektors verliebt und sich bei einer endlich herbeigeführten Begegnung den Mut genommen, ihr einen Heiratsantrag zu machen. Gerade in diesem Augenblick trat aber unglücklicherweise der wegen seiner Strenge gefürchtete Cromwell in das Zimmer und der erschrockene Liebhaber verfiel in seiner Angst auf die Ausrede, er habe bei der Tochter lediglich um die Hand deren Zofe angehalten. Cromwell mochte wohl die Sachlage durchschauen, rief aber die Zofe herbei und ließ sie sofort mit dem Professor trauen. Es heißt übrigens, daß diese eigentlich ungewollte Ehe durchaus glücklich wurde. Auch Tolstoi war ein schüchterner Liebhaber, der seiner Angebeteten keinen direkten Heiratsantrag zu machen wagte. Er legte ihr daher ein Silbenrätsel vor, dessen Auflösung die entscheidende Frage enthielt. Das Mädchen fand auch wirklich den Sinn des Rätsels und gab ihre Antwort ebenfalls in einer Denkaufgabe. Später hat übrigens Tolstoi einen ähnlichen Vorgang in seinem Roman „Anna Karenina" verewigt. Von dem schweigsamen, seither verstorbenen amerikanischen Präsidenten Calvin Coolidge heißt es, daß er eines Tages mit dem Mädchen seiner Liebe in einem öffentlichen Park saß und vergebens den Mut aufzubringen versuchte, einen Heiratsantrag zu machen. Schließlich malte er mit seinem Spazierstock ein großes Fragezeichen in den Sand und übergab der Angebeteten sodann den Stock. Diese, die sich längst über die Gefühle des damals noch jungen Mannes klar war, zeichnete als Antwort ein sehr entschiedenes Ausrufzeichen in die Erde, und noch am gleichen Abend gab es eine Verlobungsfeier. Ein Mitglied der englischen Hocharistokratie sollte auf Wunsch seines Onkels ein passendes, junges Mädchen heiraten und die beiden jungen Leute wurden von dem alten Herrn auf dessen Landgut eingeladen. Aber Wochen vergingen, ohne daß sich der Engländer erklärt hätte; zwar hatte er sich längst in die ihm zugedachte junge Dame verliebt und auch an Gelegenheiten zur Aussprache ließ es der Onkel nicht fehlen, aber es mangelte dem Jüngling einfach der Mut zu dem entscheidenden Wort. Schließlich reiste das enttäuschte Mädel ab und nahm brieflich von den beiden Herren Abschied. Kaum aber hatte sie einen halben Kilometer in der gemütlichen Seitenlinie der Eisenbahn zurückgelegt, als der junge Engländer plötzlich auf seinem Pferd neben ihrem Abteilungsfenster auftauchte; er hatte den Brief gefunden und war ihr sofort nachgeritten. Und ausgerechnet in dieser reichlich unbequemen Lage brachte er sich dazu, seine Liebe zu gestehen; an der nächsten Haltestelle stieg seine nunmehrige Braut aus und fuhr mit ihm auf das Gut seines Onkels zurück.

* * *

Weltwochenschau

Der geworfene Ball

Nachdem die Freisinnige Partei die „veränderte Resolution Stucki" nunmehr einstimmig angenommen, wurde an sämtliche Parteien, die kleine kommunistische ausgenommen, ein Schreiben gerichtet und zur Mitarbeit an einer gewissen Zahl politischer Aufgaben aufgefordert. Der „Ruf zur Sammlung" ertönt somit zum ersten Mal in praktischer Form, und zwar sozusagen „an alle". Und nun wird sich weisen, wie die Antworten ausfallen. Der Ball ist geworfen.

Bemerkenswert für die freisinnige Aktion scheint uns die gleichmäßige Behandlung von rechts und links zu sein. Die Katholisch-Konservativen und die Bauernpartei werden genau so eingeladen, wie die Sozialdemokraten und die Bauernheimatbewegung. Interessanterweise wird auch Herr Duttweilers „Landesring" einer Einladung gewürdigt. Nicht begrüßt werden die Freiwirtschafter. Da sie bisher kein Mandat im Nationalrat eroberten, kann man's verstehen. Und auch, daß Duttweilers großer Einbruch in den Rat der Nation ihm die Ehre verschafft hat. Man darf übrigens wetten, daß ohne die Angst vor den Welschen auch die restlichen Kommunisten wenigstens in Erwägung gezogen worden wären.

Mit voller Absicht haben die Freisinnigen auch die „Richtlinienbewegung" als solche nicht mit einer Einladung beehrt. Sie sollen nicht von der Partie sein, denn sie sind ja die böse Konkurrenz. Ihre parlamentarisch vertretenen Parteien, ja, die kann man sich ansehen. Sie machen weniger aus als das Heerlager, in welchem die Gewerkschafter, Angestellten und oppositionellen Bauern die „Sozi" weit überflügeln. Und da man sich denkt, gewisse Richtlinienführer würden mit sozialistischem Mandat in den Kreis der Freisinns-Sammlung eintreten, sieht es so aus, als ob man damit dieser Konkurrenzbewegung einen „Bor ins Kreuz" versetzen möchte.

Die 8 Punkte, für deren Durchführung der Freisinn mit den alten Parteien plus zwei Splittern ein gemeinsames Aktionsprogramm ausarbeiten will, sind in keiner Weise neu. Aber es ist ganz klar, daß das Parlament und der Bundesrat in schnellerm Tempo arbeiten und allerhand verwirklichen könnten, falls ein gemeinsamer, von 6 Parteien gestützter und „gestoßener" Plan vorläge. Beispiel: Vermehrte Arbeitsbeschaffung (Bautätigkeit) und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Oder „fortgesetzte Ueberwachung der Preisbildung". Oder „Sanierung der Bundesfinanzen". Oder „Reform der Verkehrswirtschaft". Oder „Ausbau des Gesamtarbeitsvertrages und des Schlichtungswesens". Zu fürchten ist aber, daß die Differenzen über Maß und Tempo in der Lösung all dieser Fragen, wie sie schon im Parlament bestehen, ganz einfach auf ein Komitee der „Freisinnigen Sammlung" übertragen werden.

Und der Uebelstand der Uebelstände besteht daneben weiter: Der Freisinnn will nicht beraten über das Problem der „monetären Politik", trotzdem die Abwertung knüppeldick bewiesen, wieviel von der Preisbewegung, die mit der Frankensenkung zusammenhing, für uns herausschaute.

Peking und Brunete

Es scheint, die japanische Militärpartei habe aus irgendeinem Grunde die Ueberzeugung gewonnen, man müsse die nordchinesische Frage lösen, bevor die Zeit wieder ungünstiger werde. Die Regierung des Prinzen Konoye, angeblich wieder „parlamentarisch" und von den großen Parteien gestützt, darf zwar nicht mit den treibenden Kräften in der Armee gleichgesetzt werden, aber vielleicht läßt sie sich treiben, wohin die Armee will. Und im kaiserlichen Japan läßt sich leicht eine Situation schaffen, in welcher auch die Parteien kein Halt mehr wagen, aus Furcht, Landesverrat zu begehen: Eine Situation, die Japan als den Angegriffenen darstellt, mag das nun zutreffen oder nicht.

Zur drohenden „Ungunst der Zeit", welche die patriotischen Generäle fürchten, gehört eine weitere Machtzunahme der Parteien. Fürst Konoye, das ist: Ein noch ertragbarer Ministerpräsident, selbst von den Samurai-Idealen erfüllt und bereit, den unabwendbaren Forderungen nationaler Ehre zu folgen. Wenn auch nicht so unbedingt militärergeben wie sein Vorgänger Hayashi, so doch noch lenkbar. Ein Nachfolger, der noch mehr auf die sozialen und wirtschaftlichen Mahner hören würde, als dieser Vermittler zwischen Krone und Parteien, vermöchte unter Umständen den Kaiser im Sinne wirklicher Friedenspolitik umzustimmen.

Daneben sehen die Generäle vor sich eine Konstellation der europäischen Mächte, die man ausnutzen muß. Frankreich-England, zum Frieden um jeden Preis entschlossen und gerade genug beschäftigt, um nicht in Konflikte mit Deutschland und Italien zu geraten, werden Japan gewähren lassen. Rußland hat sein Offizierskorps dezimiert und wird geraume Zeit brauchen, um in der roten Armee wieder absolute Verläßlichkeit zu schaffen. Und überdies fürchtet Rußland den Zweifrontenkrieg gegen Japan und das Dritte Reich. Bleibt noch USA. Roosevelt arbeitet am innern Umbau der Vereinigten Staaten. Vielleicht verwechseln die Generäle des Mikado die Streikbewegung der amerikanischen Arbeiterschaft mit sozialer Erschütterung, wie das ja die Diktatoren allerwege tun; sie können nicht verstehen, daß solch lebendige Auseinandersetzungen um die Rechtsgrenzen zwischen Kapital und Arbeit Zeichen der Erstarkung einer Nation sein sollten. Sie wissen nicht, daß Arbeiter, die sich ein Vaterland und Wohlfahrt erkämpfen, zu gewaltigen Stützen des Staates werden.

Was aber bei den japanischen Armeepolitikern am stärksten ins Gewicht fällt: China erstarkt. Ein gekräftigtes Rußland von morgen, eine schlagbereite Flotte der USA sind nicht so zu fürchten wie eine reorganisierte und modernisierte chinesische Armee, ganz abgesehen davon, daß anno 1940 vielleicht die Lust, zu marschieren, bei Russen und Chinesen gleichzeitig auftauchen könnte. Und beide zusammen in Offensive gegen China, das wäre ein bißchen viel. Darum müßte womöglich der eine Gegner schachmatt gesetzt werden, bevor der andere eingreift. Das heißt, China muß seiner Nordprovinzen beraubt werden, bevor Rußland seine 2. sibirische Bahn ausgebaut hat.

Man hat vernommen, daß Japan mindestens 400,000 Mann mobilisiert und auf den Kontinent übergesetzt habe. Ein Teil davon wird sicherlich an die russische Grenze gebracht. Der Militärkritiker der Nt. Ztg. war der Ansicht, man könne die japanischen Absichten gegen China an der Zahl der Truppen messen, die an der russischen Grenze aufgestellt würden. In Marsch gesetzt wurden auch die Truppen aus Korea. Mitte Juli war Peking umzingelt und die Lage reif zur Ueberreichung eines Ultimatums, das ziemlich genau erraten läßt, was man in der Armee „auf friedlichem Wege" zu erreichen hofft:

Die 37. Division soll Hopei verlassen. Die „Schuldigen", welche die Zwischenfälle verursacht haben, sollen bestraft, und Garantien sollen gegeben werden, daß sich solche Ereignisse nicht wiederholen. Japan verlangt ferner vollen Schadenersatz für seine Verluste und überdies Maßregeln zur Unterdrückung der japanfeindlichen und kommunistischen Umtriebe unter den Chinesen.

Der erste Punkt des Ultimatums ist der wichtigste. Einer Armee wird befohlen, chinesisches Gebiet zu räumen. Geben die Chinesen in diesem Punkte nach, so wird Japan das Verlangen nach weitern Rückzügen stellen, und zwar solange, bis die Provinzen nördlich des Hoangho tatsächlich keine chinesischen, sondern nur noch japanische Armeen als Besatzung aufweisen. In diesem „entmilitarisierten" Gebiet läßt sich alsdann mit Leichtigkeit ein zweites Mandschukuo aufrichten. 200 Millionen gelbe Brüder geraten so unter die Vasallenschaft des Mikado . . . die andere Hälfte mag unabhängig bleiben. Im Entscheidungskrieg gegen Rußland wird man sie nicht entfernt mehr so fürchten, wie man heute noch Gesamtchina fürchtet.

Die chinesischen Lokalbehörden sollen das Ultimatum angenommen haben. Nanking schweigt, vorläufig. Vielleicht ist das chinesische Arbeitsteilung, um den Japanern auszuweichen. Vielleicht nur Spielen um Zeitgewinn. Denn China hat Zeit, Japan weniger.

In englischen Zeitungen konnte man lesen, der japanische Aufmarsch sei im Einverständnis mit den europäischen Diktatoren erfolgt und diene der Ablenkung Londons vom spanischen Geschäft, das eben gegenwärtig wieder kritischer geworden. Nicht nur erscheint der britische Kompromißvorschlag zur Wiederaufrichtung der Waffeneinfuhrkontrolle und zur Heimschaffung der Freiwilligen erfolgversprechend, sobald er ernstlich durchgeführt würde: die Republikaner haben zum allererstenmal in einer Offensive Erfolg gehabt und westlich Madrid einen 10 km tiefen Keil in Francos Linien getrieben. Zum erstenmal übrigens eine Aktion, in welcher sich „Generalstabsarbeit" offenbarte: Brunete, 10 km hinter der Front Francos, wurde nach Erspähung einer schwachen Frontstelle überfallartig genommen, von dort schwenkten die modern bewaffneten Abteilungen links und rechts und rollten Teile der fascistischen Front auf. Heute steht die Aktion wieder, doch hat sie Berlin und Rom sichtlich erschreckt. Soll Japan „entlasten"? —an—

Kleine Umschau

Es ist schon eine ziemlich alte Geschichte, daß ein heißer Juli stets zu den politisch gefährlichsten Monaten gehört. Eigentlich sollte man annehmen, daß der Mensch an einem solchen heißen Tage lieber im Schatten eines grünen Baumes faulenzt, als Geschichte zu machen, in Wirklichkeit ist es aber doch anders. Am 14. Juli, dem heißesten Tage des Jahres 1789 erfolgte der Sturm auf die Bastille und auch im Juli 1830 und Juli 1848 revoltierte tout Paris und machte in Weltgeschichte. Und schließlich ging auch der Weltkrieg anno 1914 an einem heißen Julitage los. Und da, zwar nicht gerade bei uns, aber doch in Europa, in der ersten Julihälfte eine fast unerträgliche politische Spannung herrschte, können wir nur froh sein, daß irgend ein garstiger Sonnenfleck, die Julitemperatur ganz erträglich, ja teils sogar unangenehm kühl machte. Ganz ohne Sorgen sind wir zwar noch immer nicht, da die Temperatur stark steigt und es zwischen China und Japan wieder einmal brenzlich ist. Und da könnten uns die verschiedenen Friedenserhaltungsbestrebungen der übrigen „friedliebenden" Mächte doch noch in die Schlamastik bringen.

Allerdings, der Ferienbeginn wurde uns, mindestens klimatisch, gründlich verhagelt. Aber wer lange Ferien und viel Geduld hat, der kann ja den bösen Anfang noch korrigieren, und wer kurze Ferien und weniger Geduld besitzt, der kann sich damit trösten, daß es Leute gibt, die gar keine Ferien machen können und gar keine Geduld haben. Letztere aber können sich wieder mit dem Mißgeschick der Ferienleute trösten, und so kann so ziemlich jeder seinen Trost im eigenen Herzen finden. Es wird ja doch nirgends mit der gleichen Elle gemessen. Während z. B. für die Berner Beamten und Angestellten, — wo weiß ich allerdings nicht, — bequeme und kostspielige Luftschutzkeller gebaut wurden, entschieden die Basler Behörden, daß es sich nicht lohne, für ihre Beamten Luftschutzkeller zu graben, die Geschichte wäre zu kostspielig. Und das heißt auf gut deutsch, daß es billiger käme, eventuell „vergaste" oder „verbombte" Beamte durch neue zu ersetzen, als dem Staate die alten zu erhalten. Und das ist immerhin auch eine sparprinzipielle Lösung der Beamtenfrage.

Auch die Geschichte von der „Guten alten Zeit" hält nicht immer Stand. So beschloß z. B. zu Anfang des XVII. Jahrhunderts, das doch so demokratische englische Parlament folgendes „Gesetz gegen die Weiber": „Daß alle Weiber, welchen Alters und Standes auch immer, die bei uns nach Erlassung dieses Gesetzes einen Untertanen Sr. Majestät durch Parfüms,